76. Jahrgang. Nr. 15

Sonntag, 10. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Neue Wendung in der Hindenburg-Debatte

Hitler nochmals bei Brüning

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Januar. Reichskanzler Dr. Brüning hat entgegen den bisherigen Annahmen den Führer der NSDAP. heute zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags empfangen. Der Empfang Adolf Hitlers fand noch vor der Besprechung mit Geheimrat Hugenberg statt. Dr. Brüning ließ Adolf Hitler, der in den Vormittagsstunden wieder in Berlin eingetroffen war, die Bitte zugehen, ihn alsbald aufzusuchen. Hitler entsprach dieser Bitte und begab sich zu der angegebenen Zeit in die Reichskanzlei. Von nationalsozialistischer Stelle wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Führer dahin zu deuten sei, daß die Angelegenheit im nationalsozialistischen Sinne günstig stände. Aus dieser etwas unklaren Formulierung wird in politischen Kreisen entnommen, daß Dr. Brüning die Erfüllung gewisser Bedingungen Hitlers zugesagt hat, in erster Linie wohl die unbedingte Anerkennung der Legalität der NSDAP. Der Entschluß der Nationalsozialisten inbezug auf die Hitler vorgelegte Frage wird erst nach der Besprechung Hitler-Hugenberg, die im Laufe des heutigen Nachmittags stattfindet, der Reichsregierung übermittelt werden.

Die Entscheidung noch in der Schwebe

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Januar. Bis zu dem oben gemeldeten neuen Empfang Hitlers bei Brüning hatte sich die Lage seit gestern nacht in folgender Weise entwickelt: Der Termin, bis zu welchem die Reichsregierung eine Antwort Hitlers zu der geplanten „Lex Hindenburg" erhalten sollte, ist durch Mitteilung des nationalsozialistischen Führers aus Lemgo erneut abgeändert worden. Hitler hatte, wie bereits gemeldet, gestern nachmittag Berlin verlassen, um in einer Versammlung in der lippischen Stadt Lemgo zu sprechen. Gestern abend wurde noch von der Presseabteilung der Reichsregierung mitgeteilt, man erwarte Hitlers Antwort bis Sonnabendmittag 1 Uhr, eine Auffassung, die auch von nationalsozialistischer Seite bestätigt wurde.

Dieser Termin ist auf Sonnabendabend 9 Uhr verschoben worden.

Die Besprechung Hitler-Hugenberg findet erst am Sonnabendnachmittag in der vierten Stunde statt.

In den Kreisen um den Reichskanzler hat diese Verzögerung eine lebhafte Verstimmung hervorgerufen, da man dort auf sofortige Entscheidung drängte. Inzwischen ist eine neue Komplikation der Lage eingetreten, die unter Umständen dazu führen kann, daß in der bisherigen abwartenden Haltung der nationalen Opposition noch eine Schwenkung eintritt. In auffallender Häufigkeit hageln jetzt auf die reichshauptstädtischen Nationalsozialisten Verbote über Verbote herab. Das Verbot des nationalsozialistischen Berliner Organs, „Der Angriff", das gestern ausgesprochen wurde, machte den Anfang. Die Auflösung einer nationalsozialistischen Massenversammlung, die gestern im Berliner Sportpalast stattfand, folgte und zwar mit Begründungen, die selbst der „Vorwärts" nicht mehr als stichhaltig verteidigen kann. Das sind alles Vorgänge, die nicht geeignet erscheinen, den Nationalsozialisten das von Brüning gewünschte Jawort zu seinem Vorschlag zu erleichtern. Je schärfer die Schläge auf die Nationalsozialisten niederprasseln, um so schwerer wird es natürlich Hitler gemacht, eine positive Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage herbeizuführen. Denn es ist ja bekannt, daß eine der Hauptforderungen des Nationalsozialismus darin besteht, in Zukunft nicht mehr der Machtpolitik sozialdemokratischer Regierungsorgane und Amtspersonen ausgeliefert zu sein.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren,

daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen eine Präsidentschaftswahl wollen.

Einmal deshalb, weil es für sie schwer ist, die Geschlossenheit ihrer Partei, die schon durch die sozialdemokratische Arbeiterabsplitterung schwer mitgenommen ist, weiter aufrechtzuerhalten, wenn die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag ein Votum für Hindenburg in einer Einheitsfront bis zum Nationalsozialismus abzugeben gezwungen ist. Zum anderen hoffen die Sozialdemokraten, daß eine Präsidentenwahl die Rechte, insbesondere die Harzburger Oppositionsfront durcheinanderbringt, und daß sie dann bei den anschließenden Preußenwahlen die Früchte einer solchen Verwirrung ernten könnte. Diese Absicht ist auf der Rechten bereits durchschaut und deshalb

wird dieses Thema in der Unterredung Hitler-Hugenberg zweifellos eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen. Wie in den heutigen Nachmittagsstunden verlautet, wird damit gerechnet, daß sich die Angelegenheit noch bis zum Montag hinzieht, weil Reichskanzler Dr. Brüning noch andere Parteiführer empfangen will.

Diese Empfänge werden aber erst erfolgen, wenn Dr. Brüning im Besitze der Antwort Adolf Hitlers ist. Nach Gerüchten, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, da eine Bestätigung für sie nicht zu erhalten ist, verlautet, daß die Vertreter der Harzburger Front unter Umständen erklären werden, daß der vom Reichskanzler vorgeschlagene Plan nicht der Verfassung entspreche, da die Einbringung des in Betracht kommenden verfassungsändernden Gesetzentwurfs nicht Angelegenheit einer doch stark umstrittenen Regierung sein könne. Die Vertreter der Harzburger Front, die auch als die Exponenten derjenigen Bevölkerungskreise anzusehen seien, die seinerzeit Hindenburgs Wahl gegen den Widerstand der Linken und der Mitte durchsetzten, sollen überdies noch die Absicht haben, sich über die ganze Präsidentschaftsfrage mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg selbst auszusprechen. Allerdings lagen im Reichspräsidentenpalais bisher noch keine Ersuchen um eine solche Unterredung vor. Es handelt sich hierbei, wie nochmals gesagt sei, um Gerüchte, für die Bestätigungen nicht zu erhalten waren, die aber des politischen Interesses halber wiedergegeben seien.

•

Eine Folgerung aus diesen Ueberlegungen könnte vielleicht sein, daß die Rechtsopposition eine parlamentarische Neuwahl des Reichspräsidenten aus verfassungsrechtlichen Bedenken zwar ablehnt, daß sie dem Reichskanzler aber erklärt, bei der verfassungsmäßigen Volkswahl einer Kandidatur Hindenburgs keinen Widerstand entgegensetzen zu wollen.

Hindenburgs Bedingung: Keine Bedingungen

Berlin, 9. Januar. Wie die Telegraphen-Union mitteilt, ist es richtig, daß der Reichspräsident seine Zusage, aufs neue das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen, an die Voraussetzung geknüpft hat, daß von keiner Partei irgendwelche politischen Bedingungen gestellt werden und daß auch keine Kürzung seiner verfassungsmäßigen Amtszeit erfolgt. Dagegen werden die Berichte darüber, daß die Reichsregierung bereits einen Gesetzentwurf, eine sogenannte „Lex Hindenburg", ausgearbeitet habe, als voreilig bezeichnet. Selbstverständlich kann die Reichsregierung einen derartigen Gesetzentwurf erst festlegen, wenn die politischen Besprechungen abgeschlossen sind. Doch ist es richtig, daß die Reichsregierung die Verabschiedung dieses Gesetzes durch das Parlament für zweckmäßig hält. Die Nationalsozialisten haben sich bekanntlich im Gegensatz hierzu für die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk eingesetzt, wie es der Verfassung entspricht. Auch der Stahlhelm hat sich in diesem Sinne geäußert.

Bei einer Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk würde er dann wahrscheinlich nur einen kommunistischen Gegenkandidaten erhalten.

Entgegen anderslautenden Meldungen wird noch einmal festgestellt, daß die nationale Front selbstverständlich, dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprechend, keinerlei Bedingungen gestellt hat. In diesen Kreisen ist man jedoch der Meinung, daß sich für den Fall, daß die nationale Front dem Wunsche der Reichsregierung auf Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten entspricht, bestimmte Folgerungen auf außenpolitischem Gebiete ergeben. Daß eine Zustimmung der nationalen Front zu einer Wiederwahl Hindenburgs auch innenpolitische Folgen haben würde, dürfe man als selbstverständlich annehmen.

Graef-Thüringen zur Präsidentschaftsfrage

München, 9. Jan. Der Vizepräsident des Reichstages, Abgeordneter Graef-Thüringen, sprach sich in einer Kundgebung der Münchner Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei gegen eine Verlängerung der Präsidentschaft Hindenburgs aus, ohne daß er damit Kritik an der Person des Feldmarschalls üben wolle.

Der Drache der Zwietracht

Deutschland steht am Vorabend eines schicksalsschweren Kampfes um seine nationale Zukunft. In Lausanne soll in kurzer Frist, um mit dem Zentrumsführer Kaas zu sprechen, die „tributpolitische Durchbruchsschlacht" geschlagen werden. Daß diese Schlacht gelingen muß, mit dem Ergebnis, deutsche Zahlungen in irgendeiner Form für immer auszuschließen, weil hierin die einzige Möglichkeit der Rettung vor dem wirtschaftlichen Untergang liegt, darüber herrscht wohl in unserem Vaterlande in ernsten politischen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit. Die Weltmeinung ist durch die Weltkrise aufgerüttelt genug, um diesmal für den deutschen Standpunkt Verständnis zu zeigen. Man hat sogar aus den Ereignissen der letzten Monate, aus den entschiedenen Stimmen zahlreicher verantwortlicher Politiker mit Recht erkennen können, daß die Welt nur auf eine entschiedene Stellungnahme Deutschlands wartet, um vom Alpdruck der Tribute befreit zu werden. Durch den granitnen Willen Deutschlands würde unter diesen Umständen das Schwanken der verantwortlichen Staatsmänner derjenigen Gläubigermächte, die bei weniger entschiedener Haltung Deutschlands zweifellos an Frankreichs Seite treten, zu unseren Gunsten entschieden werden. **Es kommt also in den nächsten Monaten alles darauf an,** dem Auslande unsere unerschütterliche Einmütigkeit in eindrucksvollster Weise darzutun. Der Glaube, Deutschland werde, wie leider bisher nur zu oft, sich schließlich dem Zwange fügen und einem Provisorium zustimmen, darf diesmal gar nicht aufkommen. Die Meinung, die Regierung Brüning werde auch auf dieser Konferenz mit sich reden lassen, muß von Anfang an als Irrtum sichtbar für alle Welt werden. Freilich, diesen Eindruck bei unseren Gegenspielern zu erwecken, wird sehr schwierig sein. Deutschlands Nachgiebigkeit im Haag gegenüber den Verschlechterungen des Youngplans, die bittere Niederlage in der Frage der Zollunion, die Beantwortung des Hooverschrittes durch die Anbiederung an Frankreich, das den Plan sabotierte, die verpaßte Gelegenheit, uns bereits während der Julikrise von den Tributen loszusagen, eine Erklärung, die uns die Welt damals geradezu in den Mund legte, und schließlich das beharrliche Schweigen Brünings zu den Lausanner Vorbereitungen der Gegenseite, lassen unsere Ausgangsstellung für die Durchbruchsschlacht zweifellos wenig günstig erscheinen. Sie könnte nur noch verbessert werden durch eine große innenpolitische Handlung, die die Einmütigkeit des deutschen Volkes in hellstem Lichte vor aller Welt erstrahlen läßt.

In letzter Minute hat sich Brüning zum Handeln aufgerafft. Nachdem alle politischen Kreise sich schon über die Uninteressiertheit der Regierung die Köpfe zerbrochen haben, hat nun der Reichskanzler zu verstehen gegeben, daß ein erbitterter Kampf um die Reichspräsidentschaft mitten in den außenpolitischen Entscheidungskämpfen den Gegnern ein unheilvolles Bild von der Uneinigkeit der Deutschen geben könnte. Allerdings hätte diese Frage schon bedeutend früher erörtert werden müssen, in einer Form, die der Ehrfurcht vor der Gestalt des Generalfeldmarschalls gerecht wird und die unbedingt verhindert hätte, daß das Opfer, das Hindenburg mit einer Verlängerung seiner Amtsdauer dem Vaterlande bringt, in den Staub der Parteipolitik herabgezerrt wird. Jetzt, in letzter Minute, empfindet die nationale Opposition den Schritt Brünings freilich als den Versuch, über die Verlängerung der Reichspräsidentschaft hinweg einen Blankowechsel für den Reichskanzler selbst zu erlangen. Aber solche Erwägungen haben zu schweigen, wenn nur noch auf diesem Wege die höchsten Interessen des Vaterlandes wahrgenommen werden können. Heute weiß es ganz Deutschland, daß, nachdem Brüning eine Unterstützung seiner Regierung durch die nationale Bewegung versäumt hat, Hindenburg allein den stärksten Aktivposten unserer Außenpolitik darstellt. Auf seine ehrfürchtige Erscheinung sieht heute die ganze Welt. Das haben wir erst wieder bei seiner Silvesteransprache in eindrucksvollster Weise erlebt. Er verkörpert für das Ausland die besten und edelsten Kräfte Deutschlands. Während die Regierung schwieg, hat er unsere Lebensrechte in das Gewissen einer aufhorchenden Welt gerufen. Wenn er jetzt, ungeachtet seines hohen Alters, in eine Verlängerung seiner Amtsdauer willigte, dann konnte diese Verlängerung nur durch eine einmütige Willenskundgebung aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zum Lager der nationalen Opposition erfolgen. Sie mußte sich frei von Parteipolitik halten, damit diese Kundgebung in würdigster Form den geschlossenen deutschen Freiheitswillen im Bekenntnis zum Siege von Tannenberg feierlich vor aller Welt dokumentierte. Deshalb ist es unmöglich, die Frage der Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs zum Gegenstand parteipolitischer Forderungen zu machen. Das war für die nationale Opposition eine schlichte Selbstverständlichkeit.